

lungsprogramms wäre das eine sehr unerfreuliche Perspektive, die nur zu Schwierigkeiten führen kann.

Wenn jemand ein düsteres Zukunftsbild malen will, könnte es so aussehen: Die Entwicklungsländer versuchen, die Operationen durch die Sonderorganisationen schnell auszubauen und sie durch Erhöhung der Beiträge der Mitgliedstaaten zu den Budgets dieser Organisationen zu finanzieren. Die Industriestaaten als Hauptgeldgeber weigern sich mitzumachen, verweigern laufend steigende Beiträge zu den Organisationen für diesen Teil ihres Programms.

Das UNDP wird eine Rumpforganisation der Industrieländer, in die sie die Beiträge stecken, die sie nicht mehr an die Sonderorganisationen zahlen. — Man kann nur hoffen, daß dieses Gespenst ein böser Traum bleibt. Trotzdem erfüllt es eine nützliche Funktion, wenn es vor künftigen Gefahren warnt und hilft, alle Aktionen zu vermeiden, die es wahr machen könnten.

Eine bessere Identität für das UNDP

Was ist nun die bessere Entwicklung, die solche Gefahren verhindern kann? Das UNDP hat eine große Gelegenheit versäumt, als es unterließ, die Herausforderung des UN-Weltplans für Technologie von 1971 aufzugreifen. Nach diesem Plan sollte das UNDP Schöpfer und Katalysator der dringend benötigten globalen Entwicklungstechnologie für eine Reihe von Gebieten mit hoher Priorität werden. Alles, was seither geschehen ist, einschließlich der Ergebnisse von UNCTAD IV in Nairobi und der Weltbeschäftigungskonferenz in Genf, unterstreicht die Schlüsselrolle einer solchen

Aufgabe im Kampf gegen das Syndrom von Armut, Arbeitslosigkeit und unzureichender Einkommensverteilung. Zweifellos müßten die Prioritäten, wie sie 1971 definiert wurden, jetzt im Lichte neuer Entwicklungen, vor allem der Ölkrise, revidiert werden. Eine solche Revision hat in der Tat schon jetzt in Vorbereitung der UN-Konferenz für Wissenschaft und Technologie des Jahres 1979 begonnen. Diese Konferenz wird noch einmal eine Gelegenheit bieten, für das UNDP eine passende Rolle zu finden und ihm eine Statur zu geben, die der zentralen Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen würdig ist. Sollte das gelingen, dann werden Probleme wie Liquiditätskrise und zentrifugale Tendenzen im UN-System entschärft werden und ihre natürliche Lösung finden. Diese Probleme und Tendenzen sind gerade deswegen gefährlich, weil sie in Wirklichkeit nur Symptome einer tiefen Strukturkrise sind.

Es gibt einige hoffnungsvolle Zeichen, daß einige der besten Köpfe in der UNO und im UNDP selbst in diese Richtung denken. Das zeigt sich zum Beispiel in Äußerungen von I. G. Patel, dem stellvertretenden Direktor des UNDP, vor der Weltbeschäftigungskonferenz und der Juli-Tagung des Aufsichtsrats des UNDP, als er erklärte, das UNDP solle »der Entwicklung neuer Technologie steigende Aufmerksamkeit widmen«. In dieser Richtung kann das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen eine große Zukunft haben.

Anmerkung

1 World Plan of Action for the Application of Science and Technology to Development. New York: United Nations 1971. 286 S. Br. 4 US-Dollar. Verkaufs-Nr. E.71.II.A.18.

Terrorismus, Israelische Aktion in Entebbe, Vetorechtsprobleme

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen zu aktuellen Problemen

KURT WALDHEIM

Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim hat dem Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, Werner Holzer, und dem Vorsitzenden der Vereinigung der deutschen Korrespondenten bei den Internationalen Organisationen in Genf, Pierre Simonitsch, vor Beginn der jetzt tagenden 31. Generalversammlung der Vereinten Nationen, ein Interview gegeben. Es erschien am 6. August in der Frankfurter Rundschau. Wir geben es mit freundlicher Genehmigung nachstehend wieder, weil Generalsekretär Waldheim zum Teil sehr detailliert zu bedeutenden Themen der Weltpolitik Stellung nimmt, so zur Geiselnahme und zum Terrorismus, zu Notwehr oder Verletzung der Souveränität im Fall Entebbe, zum Vetorecht der Großmächte und zur Rolle der Vereinten Nationen.

I

Frage: Herr Generalsekretär, in der Tagesordnung der nächsten Generalversammlung der Vereinten Nationen gibt es einen Tagungsordnungspunkt 112, der sich mit der Frage der Bekämpfung des Terrorismus befaßt. Die Bundesregierung hat zudem eine UN-Konvention über Maßnahmen zur Bekämpfung von Geiselnahmen im Terrorismus gefordert. Gibt es Chancen für eine solche Konvention?

Waldheim: Ich darf Sie daran erinnern, daß dieser Tagungsordnungspunkt von mir selbst im Jahre 1972, nach den Münchener Vorgängen bei den Olympischen Spielen, beantragt wurde. Seit dieser Zeit bemüht sich ein Komitee der Vereinten Nationen, eine solche Maßnahme gegen den Terrorismus zu beschließen. Das ist bisher nicht gelungen. Es wird abzuwarten sein, welchen Erfolg die deutsche Initiative haben wird, die ja von der Neuner-Gruppe der Europäischen Gemeinschaft meines Wissens voll unterstützt wird. Ich persönlich glaube, daß die Atmosphäre dafür im allgemeinen jetzt besser ist, als sie es 1972 war. Im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse ist die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft, Maßnahmen gegen den Internationalen Terrorismus zu ergreifen, größer. Wir dürfen nicht vergessen, daß sich immer mehr zeigt, daß es sich hier sehr oft gar nicht um politische Hintergründe, sondern um kriminellen Terrorismus handelt, der sich praktisch gegen alle richtet. Man hat dies ja zum Beispiel beim Angriff auf das OPEC-Hauptquar-

tier in Wien deutlich gesehen. Angesichts des kriminellen Terrorismus zeigt die Mitgliedschaft der Vereinten Nationen mehr Bereitschaft, Maßnahmen gegen diesen Internationalen Terrorismus zu unterstützen.

Frage: Wenn man nun aber eine solche Konvention doch nicht zustande bringt, welche anderen Maßnahmen könnte man sich denken, könnten Sie vielleicht vorschlagen, um gegen das Problem anzugehen?

Waldheim: Ich möchte zuerst erwähnen, daß der deutsche Vorschlag, soweit ich informiert wurde, sich auf die Frage der Bekämpfung der Geiselnahme beschränkt. Das wurde jedenfalls von deutscher Seite mitgeteilt. Weil man eben annimmt, daß eine weitgespannte Konvention noch immer größeren Schwierigkeiten gegenüberstehen würde.

Frage: Da gibt es ja einen Vorschlag, ob man nicht erwägen sollte, einen Luftverkehrsboykott gegen Länder zu verhängen, die Terrorismus und Geiselnahme in Flugzeugen dulden und die Terroristen aufnehmen oder sogar unterstützen, wäre das vielleicht eine Richtung, in die man denken könnte?

Waldheim: Das wären Repressalien gegen entsprechende Staaten. Ich glaube, der Zweck dieses Vorschlages ist, eine positive Zusammenarbeit aller Staaten zu bewirken. Und eine Verpflichtung aller Staaten, bei der Bekämpfung dieser Geiselnahmen und dem damit zusammenhängenden Terrorismus behilflich zu sein. Das kann in verschiedenster Weise erfolgen, indem man zum Beispiel den Flugzeugen von vorneherein jedes Landrecht verwehrt, oder daß man vereinbart, daß die Terroristen ausgeliefert, also jeweils dem Staat übergeben werden, in dem dieses Verbrechen begangen wurde.

Es geht also im wesentlichen darum, eine weltweite Zusammenarbeit sicherzustellen durch eine Internationale Konvention, die eine Verpflichtung beinhaltet zur vollen Zusammenarbeit, um diese Art des Terrorismus zu bekämpfen. Welche Maßnahmen dann im einzelnen in einer solchen Konvention enthalten sein werden, das hängt von den Verhandlungen ab. Das wird im Herbst im Rahmen der Generalversammlung stattfinden.

Frage: Wenn ich Sie recht verstehe, dann sind Sie der Meinung, daß man einen enger umschriebenen Begriff, also etwa Konvention gegen Geiselnahme, leichter durchbringen könnte als eine allgemeine Konvention gegen Terrorismus. Das hängt zusammen mit der Tatsache, daß die Definition des Begriffes Terrorismus schwierig ist, weil immer wieder die Frage gestellt

wird, welchen Rechtswert hat Gegengewalt gegen institutionalisierte, also staatliche Gewalt, die diktatorisch herrscht. Sie scheinen davon überzeugt zu sein, daß man diese Definition auch in absehbarer Zeit nicht zustande bringt?

Waldheim: Der Grund, warum man seinerzeit diese Schwierigkeiten hatte, als ich das Thema auf die UN-Tagesordnung setzte, war die Befürchtung einer Reihe von Staaten vor allem aus der Dritten Welt, daß eine solche Konvention das Recht der Befreiungsbewegungen in den verschiedenen Kontinenten, vor allem in Afrika, limitieren könnte. Nun stehen diese Staaten auf dem Standpunkt, es sei ein moralisches Recht der Befreiungsbewegungen, Unterdrückung zu bekämpfen. Die UN-Charta selber, so wird als Argument angeführt, spricht sich im Sinne völliger Gleichheit aller aus, welcher Rasse immer man sein möge. Und nun sagen jene Regierungen, das geht nicht; denn nehmen Sie die Beispiele im Südlichen Afrika, wo noch immer nicht das Recht auf Mehrheitsregierung besteht, wie zum Beispiel Rhodesien, Namibia und dergleichen. Die Staaten der Dritten Welt sind der Meinung, daß diese Befreiungsbewegungen, wenn es durch Verhandlungen nicht möglich ist, die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, also Rechte, die in der Charta vorgesehen sind, durchzusetzen, daß dies dann von den Befreiungsbewegungen durch Anwendung von militärischer Gewalt oder anderen Mitteln erzwungen werden soll. Das ist der tiefere Grund, warum es bis heute nicht möglich war, hier Einvernehmen herzustellen.

Aber Aktionen, wie die Entführung nach Entebbe oder der Angriff auf die OPEC in Wien, das hat mit Politik nichts mehr zu tun, sondern das sind kriminelle Elemente, anarchistische Elemente, sagen wir es ruhig, die hier am Werke sind. Daher glaube ich doch, und das möchte ich Ihnen nachdrücklich sagen, die letzte Sicherheitsratsdebatte hat deutlich gezeigt, daß sich alle Mitglieder des Sicherheitsrates gegen den Terrorismus ausgesprochen haben und durchaus die Notwendigkeit der Bekämpfung des Terrorismus anerkennen. Das ist meines Erachtens eine sehr wichtige Entwicklung, auch für die bevorstehende Debatte im Herbst in der Generalversammlung.

Frage: Obwohl offensichtlich die Einsicht wächst, sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen alten Staaten und vielen jungen Staaten der Dritten Welt wohl doch groß. Glauben Sie, daß daraus zusätzliche neue Belastungen auf die Vereinten Nationen zukommen? Oder sind die Vereinten Nationen elastisch genug, mit Belastungen dieser Art fertig zu werden?

Waldheim: Wir sprechen immer noch vom Terrorismus?

II

Frage: Ja, aber nicht nur vom Terrorismus, sondern auch von der Schwierigkeit zu definieren, was ist gerechter Kampf, was ist Freiheitskampf und was ist die kriminelle Aktion. Das belastet doch die Vereinten Nationen?

Waldheim: Natürlich ist das ein Problem für die Vereinten Nationen. Sie dürfen aber nicht vergessen, daß sich auf diesem Gebiet gerade im vergangenen und in diesem Jahr eine interessante Entwicklung angebahnt hat, insofern nämlich, als auch Staaten wie zum Beispiel die USA sich zum Prinzip der Mehrheitsregierung bekannt haben. Ich glaube, die Tatsache, daß die USA sich klar und deutlich für das Selbstbestimmungsrecht und die Mehrheitsregierung — die sie ja immer schon unterstützt haben — jetzt auch im Zusammenhang mit den Vorgängen im Südlichen Afrika aussprechen, bedeutet eine Evolution. Dies wird, so hoffe ich, positive Auswirkungen und hoffentlich Auswirkungen im Sinne einer Lösung dieser Probleme auf dem Verhandlungswege ermöglichen.

Andererseits möchte ich keinesfalls leugnen, daß diese Problematik weiterhin eine ernste Belastung für die Vereinten Nationen darstellt. Es ist völlig klar, daß die Bemühungen im Zusammenhang mit dem Internationalen Terrorismus durch die unterschiedlichen Auffassungen sicherlich nach wie vor beeinträchtigt sein werden.

Frage: Gibt es nicht eine Zweigleisigkeit zwischen den Erklärungen westlicher Politiker, die den afrikanischen Standpunkt unterstützen, und den Fakten, daß zum Beispiel Industrien der gleichen Länder etwa das Regime von Südafrika unterstützen?

Waldheim: Diese Unterschiede sind natürlich in vielen westlichen Ländern vorhanden, daß die Privatwirtschaft, die Wirtschaftsbeziehungen unterhält, anderer Meinung ist als die Regierung, die politische Perspektiven natürlich besser kennen und besser beurteilen kann.

Aber Sie dürfen nicht vergessen, auf die Dauer ist es unmöglich, daß ein Regime aufrechterhalten werden kann von 250 000 Weißen gegen sieben Millionen Schwarze, wie das in Rhodesien der Fall ist. Genau das sagen die Amerikaner, unterstützt sehr massiv von den Briten. Sie erklären der weißen Bevölkerung: Einigt euch auf dem Verhandlungsweg. Wir sind bereit, euch dabei zu helfen, dafür zu sorgen, daß ihr kompensiert werdet, wenn ihr das Land verläßt. Und jene, die bleiben wollen, werden wir mit entsprechenden Garantien unterstützen.

III

Frage: Vielleicht abschließend noch zu dieser Thematik: Die israelische Aktion in Uganda hat zweifellos die Souveränität eines Landes verletzt, daran gibt es nichts zu rütteln...

Waldheim: Das haben auch die 15 Mitglieder des Sicherheitsrates einschließlich aller westlichen — das ist wichtig zu vermerken — anerkannt, auch der amerikanische Delegierte hat das in seiner Rede anerkannt. Er hat gesagt, es liegt zweifellos eine temporäre Verletzung der Souveränität Ugandas vor. Also alle westlichen Staaten haben diesen Aspekt anerkannt, gleichzeitig aber darauf verwiesen...

Frage: Das ist unsere Frage: Glauben Sie, daß unter den besonderen Voraussetzungen, auch unter den Gesichtspunkten des Völkerrechts, dies als ein Akt der Notwehr gerechtfertigt war, oder sind Sie der Meinung, die Postulate über die Souveränität und die Unverletzlichkeit der Grenzen eines Staates hätten Vorrang haben müssen?

Waldheim: Ich habe in meiner Erklärung vor dem Sicherheitsrat auf die beiden Aspekte des Problems verwiesen. Einerseits die Verletzung der Souveränität und andererseits die moralischen humanitären und politischen Überlegungen, die bei solch einer Aktion zu berücksichtigen sind. Ich glaube, man kann nicht leugnen, daß es hier eben diese zwei Aspekte gibt, die bei der Gesamtbeurteilung des Vorfalles zu berücksichtigen sind.

Die afrikanischen Mitglieder des Sicherheitsrates haben auf einen Aspekt verwiesen, den ich Ihnen hier wiederholen möchte. Sie haben gesagt — und das ist besonders vom Botschafter Tansanias hervorgehoben worden —, daß es nicht um die Frage geht, ob Uganda sich verschiedene zuschulden hat kommen lassen, durch das Verhalten der Regierung schon früher und im Zusammenhang mit diesem Vorfall, sondern um eine Grundsatzfrage für Afrika: Hier ist ein kleines Land, das offenbar nicht in der Lage ist, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, also sich zu verteidigen, und weil dies so war, wurde diese Aktion gestartet.

Ich betone nochmals, ich zitiere nur, was die Position der afrikanischen Staaten war, und zwar nicht nur der im Sicherheitsrat, sondern allgemein. Die Enttäuschung ist deutlich zum Ausdruck gekommen, daß ein afrikanischer Kleinstaat hier zum Gegenstand einer solchen Intervention gemacht wurde. Es wurde sogar direkt die Frage gestellt, ob sich das auch in Europa hätte zutragen können.

Es geht darum, daß sich die Afrikaner zutiefst getroffen gefühlt haben. Und sehen Sie, das ist ein Aspekt, den man ins Kalkül ziehen muß, daß auf der Seite der Dritten Welt immer noch das Gefühl besteht, weil diese Staaten schwächer seien, würde ihre Schwäche ausgenutzt.

Frage: Angst vor Kanonenbootpolitik, sozusagen.

Waldheim: Ja.

IV

Frage: Kürzlich ist über die Aufnahme Angolas in die Vereinten Nationen diskutiert worden. Die Aufnahme ist an einem amerikanischen Veto gescheitert. Wie man gehört hat, war das nicht in Ihrem Sinne. Welche Bedeutung hat das Vetorecht heute noch, hat sich da etwas geändert im Laufe der Jahre, wäre das Vetorecht der Großmächte im Sicherheitsrat abzuschaffen? Verschiedene Großmächte haben das schließlich immer wieder gefordert.

Waldheim: Zuerst möchte ich sagen, daß meine Haltung in der Aufnahme von Staaten natürlich eine grundsätzliche ist. Ich bin als Generalsekretär für die Universalität dieser Organisation; denn wir haben ja nicht nur dieses Problem der Aufnahme, wir haben eine Reihe von anderen Problemen, wir haben selbst das Problem, daß von Zeit zu Zeit die Frage des Ausschlusses von Mitgliedern aufs Tapet kommt.

Nun zur Frage des Vetos. Daß hier eine Spaltung der Mitgliedschaft vorliegt, ist bekannt. Die Dritte Welt ist dezidiert gegen das Veto. Es wurden auch immer wieder Vorstöße dagegen unternommen. Es gibt auch ein Komitee der Generalversammlung, das sich mit der Revision der UN-Charta befaßt. Dabei spielt die Aufhebung des Vetos oder die Frage des Vetos eine besondere Rolle. Die Großmächte, vielleicht mit Ausnahme Chinas, wehren sich kategorisch gegen die Aufhebung des Vetos, weil sie auf dem Standpunkt stehen, daß dies für sie die einzige Möglichkeit ist, eine gewisse Kontrolle auf das Geschehen im Sicherheitsrat auszuüben. Schon im Jahr 1945 — ich möchte das besonders erwähnen — hat die Frage der Konzessionierung des Vetos eine entscheidende Rolle bei der Schaffung der Vereinten Nationen gespielt. Die Großmächte haben auf diesem Recht kategorisch bestanden. Ich glaube deshalb, daß es äußerst schwierig wäre, eine Revision der Charta in dieser Richtung zu erreichen.

Frage: Wenn man an die Universalität der Vereinten Nationen glaubt, muß man wohl auch der Meinung sein, daß die UN-Mitgliedschaft nicht eine Art moralische Begutachtung des aufgenommenen Staates darstellt, eine Frage der Realitäten inter-

nationaler Politik und Organisation also und nicht eine Frage internationaler Moral. Trotzdem taucht sehr häufig der Gedanke auf, die Vereinten Nationen seien eine moralische Instanz, eine Art Weltregierung. Können sie das überhaupt sein?

Waldheim: Wir sind zweifellos keine Weltregierung, das ist ganz klar. Wir sind selbstverständlich bemüht, die Prinzipien der UN-Charta, die Prinzipien des Völkerrechts aufrechtzuerhalten, sonst würden wir jede Existenzberechtigung verlieren. Aber sicherlich sind wir keine Weltregierung. Wir sind eine internationale Organisation, das heißt, eine Organisation souveräner Staaten, die ihre souveräne Politik betreiben und die eine supranationale Autorität ja nur dann akzeptieren, wenn sie zustimmen. Zum Beispiel durch einen Beschluß des Sicherheitsrates im Zusammenhang mit der Anwendung von Gewalt zur Aufrechterhaltung gewisser Prinzipien der Charta und des Friedens, der Sicherheit der Welt.

Es ist völlig abwegig, die Vereinten Nationen zu beschuldigen, sie hätten dieses oder jenes nicht durchgesetzt, weil wir dazu gar nicht die Möglichkeit haben. Wir haben keine exekutive Gewalt. Ich als Generalsekretär habe vielleicht moralische Macht — und bitte, das möchte ich nicht unterschätzen. Sehen Sie, das ist eigentlich die einzige Kraft, die der Generalsekretär hat, dieses moralische Gewicht als Vertreter, als Exponent der Völkergemeinschaft...

Frage: ... also als Unparteiischer...

Waldheim: ... richtig. Sagen wir, als objektiver Wahrer des Rechtes aufzutreten. Und das ist sicherlich ein positiver Aspekt, das Gewicht des vom Generalsekretär gesprochenen Wortes in gewissen Situationen. Aber da muß man sehr genau abwägen, wann sage ich etwas und wann nicht. Andererseits gibt es die ruhige präventive Diplomatie hinter den Kulissen, in persönlichen Kontakten mit den verschiedenen Regierungschefs, Staatsoberhäuptern, Außenministern, Krisensituationen zu erörtern und sich anbahnende Krisen zu vermeiden. Davon hört die Welt nichts, die Krise bricht ja nicht aus. Und niemand weiß, wie oft der Generalsekretär sich hinter den Kulissen sehr intensiv eingeschaltet hat, um eine Krise zu vermeiden. Das passiert immer wieder.

Frage: Sie haben, wenn ich richtig unterrichtet bin, Ihren Zypern-Delegierten gerade jetzt hier getroffen. Die Zypern-Frage gehört zu den Problemen, die auf dem Tisch der Vereinten Nationen liegen. Gibt es irgendwelche neuen Entwicklungen im Zusammenhang mit Zypern und dem griechisch-türkischen Gegensatz auf der Insel?

Waldheim: Das ist eines der kompliziertesten internationalen Probleme, denen wir uns gegenübersehen. Ich möchte darauf verweisen, daß Zypern, wenngleich es sich um eine kleine Insel handelt, vom geopolitischen und auch strategischen Gesichtspunkt eine sehr bedeutende Rolle spielt. Das ist eines der Probleme, wo die Vereinten Nationen und auch ich persönlich direkt eingeschaltet sind, wie Sie wissen. Nicht nur durch die Friedenstruppe, die dort steht, sondern auch durch den Verhandlungsprozeß, der ja unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs stattfindet.

Gleich nach dem Ende des Krieges, als noch geschossen wurde auf beiden Seiten, bin ich nach Zypern geflogen und habe versucht, die zwei streitenden Bevölkerungsteile wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Das ist auch gelungen.

Die Problematik heute ist, daß die griechisch-zypriotische Seite zu wissen verlangt, bevor sie sich zu einer bizonalen Verfassung äußert oder diese akzeptiert, wie viel Territorium die Türkei behalten wird oder zu behalten wünscht. Die Türkei wiederum hat es bisher zu sagen vermieden, wieviel von dem besetzten Territorium sie zu behalten beabsichtigt. Hierin liegt die Schwierigkeit. Vor allem Makarios sagt, er könne sich zur konstitutionellen Frage erst dann äußern, wenn bekannt sei, wie die beiden Zonen aussehen werden. Wir bemühen uns, das Eis zu brechen. Ich möchte aber nicht verschweigen, daß die Zypern-Frage auch hineinspielt in das türkisch-griechische Verhältnis, daß sie etwa zu tun hat mit der Zuspitzung der Lage jetzt in der Ägäis und den daraus resultierenden Spannungen.

V

Frage: Die Lage im Zypern-Konflikt reizt zu der allgemeinen Frage, welche Rolle die Vereinten Nationen überhaupt spielen können, weil sie eben keine Macht haben? Es gibt ja andere Beispiele, die negativer sind, wenn man so will, als gerade Zypern, wo die Verhandlungen wenigstens in Gang gehalten werden.

Waldheim: Zweifellos hängen die Möglichkeiten der Vereinten Nationen von der Bereitwilligkeit der Mitgliedstaaten ab, zu kooperieren. Ich sage immer, die Vereinten Nationen sind ein Instrument, das von den Mitgliedstaaten benützt werden soll. Nur dann kann es funktionieren. Wenn die Mitgliedstaaten, vor allem die Großmächte, dazu nicht bereit sind, dann liegt es auf der Hand, daß die Organisation nicht funktionieren kann.

Damit kommen wir wieder zu jenen Mehrheitsbeschlüssen, die nicht durchgesetzt werden können, weil gewisse Staaten dazu nicht bereit sind, vor allem jene, die die Macht hätten, solche Beschlüsse auch wirklich durchzusetzen. Wir müssen das zur Kenntnis nehmen. Aber ich möchte gleichzeitig sagen, daß man besser nicht den Standpunkt vertreten sollte, die Vereinten Nationen seien nutzlos, wie das immer wieder zu hören ist, vor allem in der westlichen Presse.

Was man vergißt, ist, daß die Vereinten Nationen ja nicht nur eine politische Funktion zu erfüllen haben, sondern eine Vielzahl von anderen Funktionen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, was in der Regel vollkommen übersehen wird. Die Vereinten Nationen sind ein ungeheurer Apparat, der sich praktisch mit allen Fragen unserer Zeit befaßt. Ob das jetzt der Umweltschutz ist oder die Bevölkerungsexplosion oder ob das eine Hilfsaktion für Bangladesch ist.

Was man in der Welt immer wieder vergißt, ist dies, daß es ja nicht nur Zypern oder der Mittlere Osten ist, wo man uns vorwirft, wir hätten das Problem bis heute nicht gelöst, sondern daß es die gesamte Weltproblematik ist, der wir uns gegenübersehen. Und die Vereinten Nationen sind doch das einzige Forum, wo die Leute noch zusammenkommen, wo sie sich aussprechen, wo sie ihre Positionen darlegen und wo letztlich immer wieder gewisse Krisen vermieden werden können oder schon bestehende Krisen abgebaut werden und dergleichen mehr. Ich glaube, das ist etwas, was man also nicht hoch genug einschätzen kann.

Ich möchte Ihnen da gerne die Geschichte erzählen von dem alten amerikanischen Senator Green aus Rhode Island, der gefragt wurde, wie es ihm an seinem 93. Geburtstag denn so gehe. Er hat darauf geantwortet: Nicht schlecht, wenn ich die Alternative bedenke.

Keiner der Kritiker der Vereinten Nationen hat bisher eine bessere Alternative vorgeschlagen. Wir wissen, daß wir unvollkommen sind. Wir wissen, daß wir Fehler haben. Aber wir glauben, und ich persönlich bin überzeugt davon, daß es eben keine Alternative gibt, keine bessere Alternative, und daß es unerhört wichtig ist, diesen Treffpunkt, dieses Forum der Begegnung zu haben, auch wenn wir nicht imstande sind, alle uns gestellten Aufgaben zu lösen.

Frage: Es gibt immer wieder auch Kritik, die sicher nicht ungerechtfertigt ist, Kritik an der UN-Organisation, an der Struktur etwa, was die Überbürokratisierung des Apparates der internationalen Organisationen angeht. Sehen Sie Möglichkeiten einer Reform oder werden die Vereinten Nationen durch den Egoismus ihrer nationalen Mitglieder fast gezwungen, eine übergroße bürokratische Organisation aufzubauen?

Waldheim: Zweifellos liegen diese Probleme vor. Wir sind aber bemüht, strukturelle Änderungen herbeizuführen. Es gibt einen eigenen Ausschuß, der sich seit vergangenem Jahr mit der Restrukturierung des Apparates der Vereinten Nationen befaßt, und zwar des gesamten Systems, also nicht nur der UN speziell, sondern auch der Sonderorganisationen.

Ich nehme an, daß schon im Herbst dieses Jahres die Generalversammlung auf Grund dieser Vorschläge entsprechende Beschlüsse fassen wird.

Frage: Und Sie haben wirklich Hoffnung, daß Ihnen das gelingt?

Waldheim: Ja. Letztlich sind alle Staaten daran interessiert, es ist letztlich das Geld der Steuerzahler in allen Staaten. Sie müssen die Beiträge zahlen und sind daher alle interessiert, daß durch Rationalisierungsmaßnahmen das Budget entsprechend in Grenzen gehalten wird.

Im übrigen war das auch Gegenstand der Besprechungen während dieser Sitzung, die ich in den letzten zwei Tagen hier in Genf hatte. Rationalisierung des gesamten Apparates, die Budgetprobleme, die wir haben. Und Reduzierung zum Beispiel des ungeheuren Papieraufwandes innerhalb der Organisation.

Ich darf aber auch einen anderen Aspekt erwähnen. Man sollte nicht wieder nur die Vereinten Nationen kritisieren. Ich kenne den Verwaltungsapparat eines Kleinstaates, und ich weiß auch, wieviel Schwierigkeiten die EG in Brüssel hat, wieviel Menschen sie beschäftigt. Und ich weiß auch, weil wir diese Dinge immer wieder berichtet bekommen, wieviel Schwierigkeiten und auch Kritik an diesem Apparat geübt wird, der nur neun Staaten versorgt. Wenn Sie sich vorstellen, daß die Vereinten Nationen 144 Mitgliedstaaten haben, die aus allen Richtungen der Welt kommen, mit oft sehr verschiedenartigen Auffassungen, wie wir wissen, dann können Sie sich vorstellen, wie schwierig auch der administrative Teil der Vereinten Nationen ist.

Schauen Sie, sicherlich sind wir keine Idealkonstruktion, sicherlich ist vieles nicht richtig und nicht gut, was in den Vereinten Nationen vorgeht. Aber vergessen Sie eines nicht, wir reflektieren die Welt von heute. Ich weiß, da gibt es einige, die sagen, nein, ihr reflektiert nicht die Welt von heute, die Welt von heute schaut anders aus. Aber das stimmt nicht. Wir reflektieren die

Welt von heute, wir reflektieren die Tatsache, daß es die Dritte Welt gibt, wir reflektieren die Tatsache, daß es afrikanische, asiatische, lateinamerikanische Staaten gibt, vor allem die neuen jungen Staaten, die vielleicht noch nicht die Erfahrungen haben, die wir in Westeuropa oder in Nordamerika gesammelt haben. Aber sie existieren.

Wir lösen die Probleme nicht, indem wir sie unter den Teppich schieben. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß diese neuen Faktoren existieren, und wir müssen mit ihnen fertig werden. Sehr oft werden wir nicht mit ihnen fertig. Aber man wird ja auch außerhalb der Vereinten Nationen nicht mit ihnen fertig. In den Vereinten Nationen haben wir immerhin den Vorteil, daß wir ein Forum haben, wo sie alle zusammenkommen, auch in Krisensituationen.

Frage: Es wird geredet und nicht geschossen.

Waldheim: Richtig, so lange die Leute reden, schießen sie nicht.

VI

Frage: Der Tagesordnungspunkt 79 der bevorstehenden Generalversammlung besagt, daß man über den Entwurf einer »Konvention über Informationsfreiheit« diskutieren will. Es gibt Beobachter, die befürchten, daß hinter dieser Konvention nicht der Versuch steht, über Informationsfreiheit, sondern über das Gegenteil, über Informationsmonopole der Regierenden zu sprechen. Was meinen Sie?

Waldheim: Ich kann nur sagen, daß wir das Prinzip der Informationsfreiheit voll aufrechterhalten wollen. An diesem Grundsatz wird nicht gerüttelt. Ich bin der Meinung, wir dürfen keinen Zweifel bestehen lassen, daß die Vereinten Nationen im

Sinne ihrer Charta für die Pressefreiheit eintreten. Natürlich herrscht in der Dritten Welt Unruhe und Unzufriedenheit, daß sich die großen westlichen Massenmedien um ihre Probleme zu wenig kümmern und unrichtige Darstellungen über Vorgänge in der Dritten Welt verbreiten. Daher trachten die Länder der Dritten Welt jetzt, eigene Presseagenturen zu schaffen, um ihre Interessen besser zu wahren.

Frage: Manchmal wird der Presse allerdings auch vorgeworfen, daß sie zu viel über ein Land berichtet. Verschiedene Bestrebungen, wie zum Beispiel in Indien oder mit Hilfe der UNESCO in Lateinamerika, gehen doch in Richtung auf ein Informationsmonopol. Die Regierenden wollen nur verkünden, was ihnen paßt. Könnte ein solches Informationsmonopol nicht das Ende jeder politischen Opposition in einigen Ländern bedeuten?

Waldheim: Ich hatte jetzt hier in Genf Gelegenheit, dieses Problem mit dem UNESCO-Generaldirektor zu besprechen. Dabei erhielt ich den Eindruck, daß sich der Generaldirektor der Wichtigkeit der Informationsfreiheit voll bewußt ist. Es geht aber auch darum, den Auswüchsen der Pressefreiheit zu begegnen. Die Massenmedien tragen eine Verantwortung für die korrekte Information der Bürger. Ich glaube jedenfalls nicht, daß durch den Entwurf einer Konvention über die Informationsfreiheit die von Ihnen befürchtete Entwicklung eintreten wird.

Frage: Herr Dr. Waldheim, eine letzte Frage. Ende des Jahres läuft Ihr Mandat als UN-Generalsekretär aus. Werden Sie sich zur Wiederwahl stellen?

Waldheim: Das hängt von der Entwicklung ab. Ich werde meine Entscheidung im Herbst treffen. Es wäre nicht opportun, jetzt eine Stellungnahme abzugeben.

Konzentration der Weltprobleme in der Weltorganisation

Die Einleitung zum Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs für die 31. Generalversammlung

I

Die fast fünf Jahre meiner Amtszeit als Generalsekretär waren für die Vereinten Nationen eine Zeit, in der beachtliche Erfolge ganz eng mit vergeblichen Bemühungen verknüpft waren. Auf der einen Seite haben sie etwa 1973 während des Krieges im Nahen Osten bewiesen, daß sie auch in kritischen Situationen durchaus handlungsfähig sind. Gleichzeitig mußten sie jedoch in anderen gefährlichen Situationen enttäuscht feststellen, daß es ihnen nicht gelang, einen Konsens zu erzeugen und den zum Handeln erforderlichen Willen aufzubringen. Nicht immer lassen sich Konfrontationen vermeiden, in denen die tiefverwurzelten Unterschiede zwischen den verschiedenen Nationen zum Ausdruck kommen; mit Hilfe der Vereinten Nationen können solche Konfrontationen jedoch dazu führen, daß man ernsthaft und gründlich versucht, sich mit diesen Unterschieden auseinanderzusetzen und den Boden für eine künftige Zusammenarbeit zu bereiten, auf dem wichtige Weltprobleme gemeinsam bewältigt werden können.

Wir leben in einer Übergangszeit, in der zwar niemand bestreitet, daß die gegenseitige Abhängigkeit zunimmt, in der jedoch diese Interdependenz nichts daran geändert hat, daß die Idee der nationalen Souveränität immer noch die gleiche Macht oder Vorherrschaft ausübt wie zuvor. In den vergangenen 30 Jahren hat sich die Zahl der souveränen Staaten in der Welt verdreifacht. Da in unserer Organisation die nationalen Wünsche und Bestrebungen auch weiterhin vorherrschen, müssen wir in den Vereinten Nationen versuchen, Strukturen des Friedens zu schaffen und eine gerechtere Wirtschaftsordnung aufzubauen. In einer Welt, in der militärische und wirtschaftliche Stärke noch immer den Ausschlag geben, müssen wir versuchen, eine an einer Weltordnung orientierte Politik heraufzuführen zu helfen. Wir müssen ein Instrument der internationalen Zusammenarbeit entwickeln, mit dem sich die einzelstaatliche Politik von nahezu 150 souveränen Staaten beeinflussen und integrieren läßt.

Sind diese Ziele erreichbar? Die kurze Antwort lautet: Sie müssen erreicht werden. Wenn wir das Zerstörungspotential sowohl der Waffen wie einer unkontrollierten Wissenschaft und Technik weiter ignorieren, gefährden wir damit die ganze Menschheit. Die in weiten Teilen der Welt immer noch bestehende quälende Armut ist das sicherste Mittel für permanente politische Instabilität. Die internationale Gemeinschaft muß einfach die Fähigkeit entwickeln, solchen Herausforderungen gemeinsam zu begegnen.

Langsam zeichnet sich heute eine Dringlichkeitsliste von weltweiten Problemen ab, bei denen immer deutlicher wird, daß wir zusammenarbeiten müssen, wenn wir uns nicht in größte Gefah-

ren begeben, ja ins Verderben stürzen wollen. Zudem haben wir es heute mit einer Welt unabhängiger souveräner Staaten zu tun, in der die überlieferte Herrschaft der wenigen über die vielen langsam der Vergangenheit angehört. Wie nie zuvor besteht heute die Möglichkeit zu einem sinnvollen, gleichberechtigten und konstruktiven politischen und wirtschaftspolitischen Dialog aller entwickelten und in Entwicklung begriffenen Staaten. Zu diesen erfreulichen Entwicklungstendenzen haben die Vereinten Nationen einen erheblichen Teil beigetragen. Die künftige Leistungsfähigkeit und der künftige Ausbau der Vereinten Nationen hängen davon ab, ob es gelingen wird, diese Tendenzen aufrechtzuerhalten und zu verstärken.

In den internationalen Beziehungen kommt es jedoch auch darauf an, nicht die Gefahr unvorhergesehener Entwicklungen zu unterschätzen, durch die sich eine scheinbar günstige Situation schnell in das verzweifelte Bemühen verwandeln kann, den Ausbruch eines verheerenden Konfliktes zu vermeiden. Ebensowenig dürfen wir übersehen, daß in der internationalen Politik zweifellos nicht immer Vernunft, Weitsicht und Logik den Ausschlag geben. Nur durch unermüdete und bisweilen hoffnungslos erscheinende Bemühungen, durch Zurückhaltung und Verständnis ebenso wie durch phantasievolles und schöpferisches Denken wird es daher gelingen können, die erwähnten erfreulichen Entwicklungstendenzen zu einer neuen und besseren Weltordnung auszubauen.

Auch wenn es keine billigen Rezepte für die Probleme der Welt gibt, dürfen wir jedoch nicht zulassen, daß es deswegen zu einer defätistischen oder zynischen Haltung gegenüber der internationalen Zusammenarbeit kommt. Wenn wir uns darum bemühen, die Vereinten Nationen funktionsfähig zu machen, wird dies ganz zwangsläufig bis zu einem bestimmten Grad mit Hoffnungen und Enttäuschungen, Erfolgen und Mißerfolgen verbunden sein. Entscheidend für das Gelingen oder Mißlingen dieses großen Experiments bleibt auf die Dauer allein, wie sehr sich die Mitglieder für die Ideale und Ziele der Charta einsetzen und wie ausdauernd sie sich allen Rückschlägen und Enttäuschungen zum Trotz bei ihren Bemühungen um die Verwirklichung dieser Ideale und Ziele zeigen.

In diesen letzten Jahren habe ich es zu schätzen gelernt, in welcher außergewöhnlich weitreichenden, vielfältigen und mitunter unerwarteten Bereichen die Organisation tätig wird, welche großartige Möglichkeiten und zugleich welche Hindernisse vor ihr stehen und welcher Reichtum an menschlichen Begabungen und an Aufopferungsbereitschaft bei den im Rahmen der Vereinten Nationen arbeitenden nationalen Vertretern und internationalen Beamten zu finden ist. Generalsekretär zu sein ist sicherlich eine